

Stadtrat Bern, 12. Februar 2009, Beat Gubser EDU, www.gubser.info/stadtrat
Traktandum 15: Familienbericht für die Stadt Bern

Familienbericht Stadt Bern: Familienpolitik ist einseitig und ungerecht

Die Familie existiert seit dem Anfang der Welt. Der Mensch ist nicht als Einzelwesen geschaffen, sondern in der Zweiheit von Mann und Frau. Es ging denn auch nicht lange, bis die erste Familie als soziale Gemeinschaft von Eltern mit Kindern vollständig war. Im Laufe der Geschichte behält die kleine, natürliche Einheit der Familie auch innerhalb der grösseren, sozialen Einheiten bis hin zur Volksgemeinschaft ihre Grundlegende Bedeutung. So stellt denn auch z.B. Aristoteles fest dass „die Familie ursprünglicher und unentbehrlicher ist als der Staat“ (Nikomachische Ethik). Das ist heute so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Nachfolgend werde ich auf die 4 Hauptpunkte des Berichts eingehen.

Punkt 1: Die Potentiale von Familien erkennen und nutzen

Die Familie ist schlicht die natürliche, soziale Ordnung einer Gesellschaft, welche unabhängig vom Staat funktioniert. Dass der Gemeinderat die Leistungen der Familien anerkennen will ist begrüssenswert. Ob es eine Aufgabe des Staates ist soziale Netzwerke nach seinen Vorstellungen zu fördern, ist für mich allerdings fraglich. Das geht den Staat eigentlich nichts an. Der Staat soll die Familie unterstützen und nicht nutzen. Der Staat ist für die Familie da und nicht die Familie für den Staat. Freiwillige Spielgruppen sind eine Bereicherung für Familien. Falls aber unter dem Stichwort Frühförderung ein Eingriff in die elterliche Hoheit nach sozialistischem Muster gemeint ist, ist sie klar abzulehnen.

Punkt 2: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Der Gemeinderat spricht bei diesem Punkt zu Recht von einem Angelpunkt. Er offenbart dabei zugleich auch seine sozialistische Weltanschauung. Es ist schlicht und einfach nicht eine Kompetenz des Staates den Eltern oder den Arbeitgebern zu sagen oder sie zu beeinflussen, wer wie viel oder wie wenig arbeiten soll.

Auch der Ausbau der Kita Plätze für Kleinkinder bis 2 Jahren ist kritisch, ja sogar gefährlich. Ich erinnere daran: „Es ist Forschungs- und Erfahrungswissen (und keine Ideologie), dass für die Entwicklung des kindlichen Sicherheitsgefühls, für die

Entfaltung seiner Persönlichkeit und für die seelische Gesundheit eine verlässliche Beziehung zu den Eltern am förderlichsten ist. Gerade in den ersten drei Lebensjahren ist die emotionale und zeitliche Verfügbarkeit von Mutter und Vater dafür von großer Bedeutung.“ (Memorandum vom 12. Dezember 2007, Deutsche Psychoanalytische Vereinigung).

Und quasi als Höhepunkt will uns der Gemeinderat noch mittels Staatspropaganda vom volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Nutzen der familienergänzenden Kinderbetreuung überzeugen. Dabei wissen wir ja bereits durch die erste solche Studie, dass es sich für die Stadt Bern, trotz Ausblendung aller Negativfaktoren, finanziell nicht lohnt.

Punkt 3: Die finanzielle Situation von Familien verbessern

Der Gemeinderat verweist zu Recht auf die Zuständigkeiten von Bund und Kanton. Gleichzeitig verschweigt er aber bei diesem Punkt sein Engagement für die familienergänzende Kinderbetreuung. Familienergänzende Kinderbetreuung hat seine Berechtigung, wobei aus EDU Sicht die Betonung auf Ergänzung liegen sollte. Da die Stadt nur Geld für familienexterne Kinderbetreuung ausgibt und nichts Spezifisches für die familieninterne Kinderbetreuung macht, ist die Familienpolitik in der Stadt Bern einseitig und ungerecht. Viele Familien, nicht alle, profitieren finanziell von der familienergänzenden Kinderbetreuung sehr stark, die Stadt zahlt dabei drauf, siehe oben erwähnte Studie. Das Nachsehen haben einmal mehr Familien, welche ihre Kinder selber betreuen. Mein Postulat „Familieninterne Kinderbetreuung fördern“ ist leider von Gemeinde- und Stadtrat abgelehnt worden. Die Ungerechtigkeit bleibt aber bestehen und es besteht Handlungsbedarf.

Punkt 4: Bern als Familienstadt fördern

Dass sich die Stadt für ein familienfreundliches Wohnumfeld einsetzt ist lobenswert und richtig. Ich hoffe, dass das nicht als Vorwand missbraucht wird um eine einseitige Verkehrspolitik umzusetzen. Denn z.B. das Auto ist für Familien ein sehr nützliches Transportmittel, insbesondere mit kleinen Kindern. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum ist ebenfalls richtig und wichtig. Der Gemeinderat kann schon bald den Tatbeweis antreten, indem der die Volksinitiative „Für eine sichere Stadt Bern“ unterstützt.